

D1

Dringlichkeitsantrag

Initiator*innen: LAG Demokratie und Recht (dort beschlossen am: 13.05.2025)

Titel: Hochstufung der AfD - Endlich handeln!

Antragstext

1 Monatlang arbeitete das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) an einer
2 Neubewertung der AfD. Obwohl von mehreren politischen Seiten erbeten, wurde ein
3 Gutachten vor der Bundestagswahl nicht vorgestellt. Nachdem das Gutachten nun
4 fertiggestellt und dem Bundesinnenministerium vorgelegt wurde, steht fest – Die
5 AfD gilt bundesweit nicht mehr nur als rechtsextremer „Verdachtsfall“, sie ist
6 „gesichert“ rechtsextremistisch. Diese aus unserer Sicht im Ergebnis wenig
7 überraschende Beurteilung stellt klar, welche Gefahr von der AfD ausgeht.

8 Die Zeiten, in denen man die AfD als Protestpartei ansehen konnte, sind längst
9 vorbei. Seit Jahren kann man die immer weiter voranschreitende Radikalisierung
10 beobachten. Trotz bisheriger Einstufung der Bundespartei als rechtsextremer
11 Verdachtsfall und einiger Landesverbände als gesichert rechtsextremistisch ist
12 in der Eskalationsspirale kein Ende in Sicht. Remigrationspläne, das Verteilen
13 von Abschiebetickets, die Verwendung verbotener SA- und SS-Parolen, Verbindungen
14 in die gewaltbereite Neonazi-Szene, Geburtstagsgrüße von Mandatsträger:innen an
15 Adolf Hitler und Kontakte zu Reichsbürger-Gruppen, die einen Staatsstreich
16 planen. Das sind keine Eigenschaften einer Protestpartei. Es handelt sich um
17 eine Vereinigung, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung und die
18 Verfassung als Ganzes von innen heraus zersetzen will. Es ist unser aller
19 Pflicht, für den Schutz unserer Demokratie und aller damit einhergehenden
20 Privilegien und Freiheiten zu sorgen. Es ist höchste Zeit, unsere Demokratie vor
21 ihren Feinden zu schützen.

22 Daher fordern wir – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Saar – eine konsequente und rigorose
23 Behandlung der AfD als das, was sie ist: Eine Gruppe von radikalen

24 Verfassungsfeinden, die unsere Demokratie zerstören wollen.

25 **1. Bundesebene – Verbotsverfahren einleiten!**

26 Unsere Verfassung ist wehrhaft und sieht für Parteien, die die freiheitliche
27 demokratische Grundordnung aktiv bekämpfen, die Möglichkeit des Verbotes durch
28 das Bundesverfassungsgericht vor. Dieses Verfahren ist Lehre der tragischen
29 Ereignisse der Weimarer Republik, in der die NSDAP nicht rechtzeitig verboten
30 wurde und so die Demokratie abschaffen konnte. Doch ist es wirklich eine Lehre,
31 wenn von dieser Option kein Gebrauch gemacht wird und sich die gleichen Fehler
32 knapp 100 Jahre später wiederholen? Wenn nicht jetzt ein Verbotsverfahren gegen
33 eine Partei eingeleitet wird, die in der gesamten Bundesrepublik gesichert
34 rechtsextremistisch ist und in Umfragen bei 25 % steht, wann dann?

35 Daher fordern wir alle demokratischen Fraktionen des 21. Deutschen Bundestages
36 dazu auf, sich aktiv an der Einleitung des Verbotsverfahrens zu beteiligen.
37 Dieser Appell richtet sich insbesondere auch an die saarländischen Abgeordneten
38 von CDU, SPD und Die Linke. Die Bürgerinnen und Bürger des Saarlandes haben es
39 verdient, dass sich ihre Repräsentant:innen in Berlin für den Erhalt der
40 demokratischen Ordnung einsetzen!

41 Ferner fordern wir die Landesregierung unter Führung von Ministerpräsidentin
42 Anke Rehlinger auf, in Gespräche mit der neuen Bundesregierung zu treten und so
43 auf ein Verbotsverfahren hinzuwirken.

44 Ebenso erwarten wir von der Landesregierung, in Absprache mit den
45 Landesregierungen anderer Bundesländer, parallel eine Bundesratsinitiative auf
46 den Weg zu bringen, um über eine Mehrheit im Bundesrat ein Verbotsverfahren beim
47 Bundesverfassungsgericht einzuleiten. Insbesondere unsere Ministerpräsidentin
48 als amtierende Bundesratspräsidentin ist hier gefragt, in die Offensive zu gehen
49 und Mehrheiten zu suchen.

50 Wir halten es für sinnvoll und geboten, dass sich die Landesregierung dem
51 Beispiel der Bremer Landesregierung anschließt. Diese hat unmittelbar nach
52 Veröffentlichung des Gutachtens einen Dringlichkeitsantrag in die Bremische
53 Bürgerschaft eingebracht, welcher die rot-rot-grüne Bremer Regierung zur
54 schnellen Einleitung eines AfD-Verbotsverfahrens auf Bundesebene verpflichtet.
55 Dieser wurde mit großer Mehrheit - auch von einem Großteil der CDU-Abgeordneten
56 - angenommen. Ein entsprechender Antrag würde die nötige Klarheit schaffen, wie
57 sich die saarländische SPD und CDU positionieren und ob die Bürger:innen im
58 Saarland sich auf diese beim Kampf gegen unsere Demokratiefeinde verlassen
59 können.

60 Bei all dem sind wir uns bewusst, dass ein Verbotsverfahren kein Selbstläufer
61 ist, dessen Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht von vornherein garantiert
62 wäre. Ein Verbotsantrag bedarf daher einer sorgsam Auseinandersetzung mit der
63 verfassungsrechtlichen Rechtsprechung und einer exzellenten, mehrfach
64 überprüften Begründung auf der Basis gesicherter und nachweisbarer Fakten. Es
65 war daher verantwortungsbewusst, schrittweise und mit aller gebotenen Vorsicht
66 vorzugehen und ein Verbotsverfahren nicht vorschnell und leichtfertig auf den
67 Weg zu bringen. Aber genau jetzt ist die Zeit, damit zu beginnen, ein
68 Verbotsverfahren einzuleiten, nachdem amtlich geprüft ist und feststeht: Die AfD
69 ist als Ganzes und bundesweit eine gesichert extremistische Partei!

70 Dabei sind wir uns zugleich völlig darüber im Klaren, dass selbst ein
71 erfolgreiches Verbotsverfahren kein Allheilmittel gegen den Rechtsextremismus in
72 unserem Land sein wird. Denn auch mit einem Verbot verschwindet weder das
73 rechtsextreme Gedankengut noch die Menschen, die es propagieren. Auch dann wird
74 es weiter die tägliche und engagierte Auseinandersetzung mit dem
75 Rechtsextremismus brauchen. Es ist Aufgabe aller demokratischen Parteien, aber
76 auch der Zivilgesellschaft, seine Ursachen durch eine kluge Politik zu
77 bekämpfen. Ein Verbotsverfahren ist inzwischen jedoch zu einem unverzichtbaren
78 Mittel geworden, um die freiheitliche demokratische Grundordnung in Deutschland
79 zuverlässig zu sichern und eine Umformung unserer Demokratie zu einem
80 autoritären Regime zu verhindern. Wir sehen darin eine zunehmend notwendige
81 Voraussetzung, um den Feind:innen von Demokratie und Freiheit weiter und
82 dauerhaft aktiv entgegen treten zu können.

83 **2. Landesebene – Erkenntnisse des** 84 **Verfassungsschutzes endlich umsetzen!**

85 Auch im Saarland konnte die AfD bei der vorherigen Bundestagswahl
86 überdurchschnittlich abschneiden. Das besorgt uns mit Blick auf die im Frühjahr
87 2027 anstehende Landtagswahl und die unklare Positionierung von Saar-SPD und -
88 CDU, wie mit der AfD und ihren Mandatsträger:innen weiter umzugehen ist, sehr.
89 Es gilt, keine weitere Zeit zu verlieren und entsprechende Maßnahmen auch gegen
90 den saarländischen Landesverband der AfD zu prüfen und gegebenenfalls
91 einzuleiten.

92 Wir fordern das Innenministerium auf, das Ergebnis des Gutachtens über die Saar
93 AfD zu veröffentlichen und bei entsprechendem Ergebnis ebenfalls eine
94 Hochstufung des Landesverbandes als gesichert rechtsextremistisch vorzunehmen.

95 Die Innenminister aus Bayern und Hessen kündigten unmittelbar nach der
96 Veröffentlichung des Gutachtens des BfV an, dass das zuständige Landesamt für

97 Verfassungsschutz das Gutachten der Bundesbehörde „genau analysieren“ werde.
98 Danach sei „genau zu prüfen, ob die Einstufung der AfD als gesichert
99 rechtsextremistisch mit einer Tätigkeit von AfD-Mitgliedern im öffentlichen
100 Dienst vereinbar ist“.

101 Diesem Vorstoß schließen wir uns an und fordern das saarländische
102 Innenministerium auf, in Zusammenarbeit mit den Innenminister:innen der anderen
103 Länder, genau zu prüfen, ob saarländische AfD-Mitglieder weiterhin im
104 öffentlichen Dienst zu beschäftigen sind. Es ist unerklärlich, dass Mitglieder
105 einer gesichert rechtsextremistischen Vereinigung, die den Rechtsstaat
106 abschaffen will, gleichzeitig von jenem beschäftigt werden und – etwa im Falle
107 von Polizist:innen – diesen auch verteidigen sollen.

108 **3. Kommunale Ebene – kein Paktieren mit** 109 **Rechtsextremisten!**

110 Die Auswirkungen einer – wenn auch nur kommunalen – Zusammenarbeit auf unsere
111 Demokratie dürfen nicht unterschätzt werden. Auch wenn ein gemeinsamer Beschluss
112 im Gemeinderat keine direkte Folgen auf das Bestehen unseres Rechtsstaates hat –
113 die indirekten Folgen sind enorm. Durch jegliche Form der Zusammenarbeit werden
114 Teile der Partei, ihre Politiker:innen und letztlich auch die vertretenen
115 Positionen normalisiert und akzeptiert. Für uns ist klar: Rechtsextremistische
116 Forderungen und Inhalte dürfen unter keinen Umständen akzeptiert oder
117 normalisiert werden und mit rechtsextremistischen Parteien darf niemals
118 zusammengearbeitet werden – auch nicht klammheimlich und hinter den Kulissen.

119 Die bedrückende Realität lehrt uns jedoch das Gegenteil: In Heusweiler wird ein
120 CDU-Kandidat durch Stimmen der AfD in sein Amt als Ortsvorsteher gewählt. Im
121 Bezirksrat Saarbrücken West wurde der CDU-Bezirksbürgermeister mit Stimmen der
122 AfD und ein AfD-Beigeordneter mit Stimmen von SPD und/oder CDU gewählt. In
123 Püttlingen verhindern CDU und Freie Wähler/FDP im Gleichschritt mit der AfD die
124 Einführung einer Ganztagsgrundschule. In Blieskastel wollte die SPD zunächst mit
125 Unterstützung der AfD eine verdiente ehrenamtliche grüne Beigeordnete abwählen.

126 Daher fordern wir von den saarländischen Kommunalpolitiker:innen jeder
127 demokratischen Partei, jegliche Zusammenarbeit oder Duldung mit der gesichert
128 rechtsextremistischen AfD zu beenden.

129 Insbesondere fordern wir die saarländische CDU auf, ihre Orts- und Kreisverbände
130 nachdrücklich in die Pflicht zu nehmen und jegliche Lücken der Brandmauer ein
131 für alle Mal zu schließen.

132 Zudem appellieren wir an alle Demokrat:innen auf kommunaler Ebene: die
133 „Ausgrenzung“ von bis zu 25 % der Stimmen und Mandate in den jeweiligen Gremien
134 kann dazu verleiten, die neuen Mehrheitsverhältnisse zum eigenen Vorteil zu
135 missbrauchen. Wir erwarten von allen Mandatsträger:innen im Saarland eine
136 kompromissbereite Zusammenarbeit, um in der Sache das Richtige zu tun – ohne
137 Beteiligung von Rechtsextremen.

Begründung

Begründung Dringlichkeit: Veröffentlichung Gutachten des BfV zwei Stunden vor Antragsschluss.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Unterstützer*innen

Carolin De Marino